

102. FDP-Landesparteitag, 07. November 2015 - Beschluss -

Zerstörung von Wohnquartieren verhindern!

Der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg, vertreten durch die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnungsbau, versucht mit einem gewaltigen Ausfallschritt, tatsächliche oder vermutete Probleme zu lösen. In jedem Bezirk sollen Billigwohnungen für ca. 4.000 Unterbringungsfälle gebaut werden (insgesamt 5.600 Wohnungen in Hamburg). Für wenigstens zehn Jahre sollen diese Wohnungen in gemeinschaftlicher Bewirtschaftung von „Fördern & Wohnen“ übernommen werden, um anschließend dem zweiten Wohnungsmarkt und damit Anspruchsberechtigten oder auch dem ersten Wohnungsmarkt zur Verfügung zu stehen.

Die Herstellung der Wohnungen soll ohne das eigentlich geltende Baurecht (Bebauungsplan) ermöglicht werden. Neue Regelungen im Baugesetzbuch und der Hamburgischen Bauordnung bilden dafür die gesetzliche Grundlage. Diese wiederum basieren auf dem erst vor wenigen Tagen von der großen Koalition beschlossenen Gesetz zur „Flüchtlingsbeschleunigung“. Die Mitwirkung der Bürger und der Bezirke wird damit weitgehend ausgeschlossen. Dieses ist eine Evokation besonderer Art und eine denkbar schlechte Grundlage für den notwendigen sozialen Frieden und eine erfolgreiche Integration der Bewohner.

Neben den von der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) erstellten „dauerhaften Unterbringungen“, die allen Bedürftigen (Hamburger und Flüchtlinge) zur Verfügung stehen, ist die Nutzung der beschriebenen Wohnungen ausschließlich durch „Flüchtlinge“ möglich. Die FDP sieht darin die Gefahr einer Zurücksetzung von Unterbringungsfällen mit Dringlichkeit und damit eine soziale Schieflage, wenn 2016 bis zu 5.600 Wohnungen für Flüchtlinge und nur 2.000 Wohnungen für sonstige Hamburger mit Dringlichkeit und Berechtigungsschein gebaut werden.

Der Senat hat beschlossen, in einigen Bezirken die jeweils 800 Wohnungen im räumlichen Zusammenhang zu bauen (Altona, Harburg, Bergedorf). Dadurch werden die städtebaulichen Fehler der 60er und 70er Jahre wiederholt. Der in dieser Zeit gebaute Osdorfer Born zum Beispiel hat auch nur 10.000 Einwohner. Seit Jahren werden erhebliche Mittel in die sozialen Restrukturierungsprogramme dieser städtebaulichen Sünden gesteckt, ohne die angestrebten Ziele einer sozialen Integration zu erreichen.

Vor diesem Hintergrund beschließt der Landesparteitag:

1. Der Erste Bürgermeister und der Hamburgische Senat werden aufgefordert, den Wohnungsbau für alle Hamburger und die hier verbleibenden Flüchtlinge zu befördern. Keine Privilegien für einzelne Gruppen!
2. Der in den letzten Jahren mit der Unterstützung der Bürger, der Bezirke und der Investoren geschaffene neue Wohnraum berücksichtigt die Erkenntnisse moderner Stadtentwicklung. Der Erste Bürgermeister und der Hamburgische Senat werden aufgefordert, diesen Weg auch in den nächsten Jahren zu verfolgen. Die geplanten Großsiedlungen sind nicht der richtige Weg.
3. Der Landesvorstand und die Bürgerschaftsfraktion sind aufgefordert, sich in geeigneter Weise für die Erreichung der beschlossenen Ziele einzusetzen.